



Fahnnäherin

In den vergangenen Wochen ging bei Bozana Pestalic die deutsche Flagge alle halbe Stunde über den Tisch: Sobald der Tag der Deutschen Einheit naht, arbeitet die Fahnnäherin auf Hochtouren an dem Verkaufschlager in Schwarz-Rot-Gold. »Das Nähen liegt mir in den Genen«, sagt die 56-Jährige. Ihr Vater war Schneider im ehemaligen Jugoslawien, schon als kleines Mädchen half sie ihm. Vor 19 Jahren stieg sie auf Fahnen, Fähnchen und Banner um – seitdem ist sie beim Pinneberger Unternehmen FahnenFleck.

Die Deutschlandfahne konfektioniert Bozana Pestalic mit Routine. Erst werden die drei farbigen Stoffbahnen zusammengenäht, dann die Ränder gesäumt, anschließend wird an der Seite eine Aufhängung befestigt. »Das ist eine einfache Fahne«, sagt Bozana Pestalic, »da bleibt mir Zeit für Späße mit den Kolleginnen.« Komplizierter ist es, wenn auch der Bundesadler bestellt wird. Dann sitzt die Näherin mehrere Stunden lang hoch konzentriert an ihrem Tisch und befestigt das Wappen. Betrachtet sie am Ende eines Tages das Ergebnis, ist sie ein bisschen stolz: »Fahnen mit Wappen sind wunderschön.« Besonders angetan hat es ihr das weiße Pferdchen, das auf der niedersächsischen Flagge prangt.

Delivered werden die fertigen Fahnen unter anderem an die Bundes- und Länderregierungen, aber auch an Hotels und Schützenvereine. Und seit der Fußballweltmeisterschaft vor zwei Jahren ist Bozana Pestalic auch ein wenig bekannt: Weil sich dort so viele Menschen eine Fahne gekauft hatten, besuchten zahlreiche Fernsehsender ihre Näherei, und Kameramänner schauten ihr auf die Finger. »Ich selber zeige eigentlich nur ungerne Flagge«, sagt sie und lacht. Nur zum Fußball hängt ihr Mann die des Hamburger Sport-Vereins weit hin sichtbar an den Balkon – natürlich eine aus eigener Produktion.

JANNE KIESELBACH

Ausbildung: Bekleidungsfertigerin
Arbeitszeit: 38,5 Stunden pro Woche
Gehalt: 11 bis 13 Euro pro Stunde

Nach Schweizer Vorbild

Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist im internationalen Vergleich mangelhaft. Eine neue Studie empfiehlt, sie künftig zentral zu steuern **VON MAREN SOEHRING**

Fast zwei Jahre Arbeit, mehr als 350 Seiten Papier und ein Ergebnis, das Experten bereits befürchtet hatten: Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist längst nicht mehr zeitgemäß. Das ist das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann Stiftung, die der ZEIT vorliegt. Alle drei Vergleichsländer der Untersuchung – Österreich, Dänemark und vor allem die Schweiz – schnitten deutlich besser ab als die Bundesrepublik. »Wir wussten seit langem, dass das deutsche System eklatante Mängel aufweist. Nun haben wir erstmals wissenschaftlich nachweisen können, was andere Länder besser machen und was wir daraus lernen können«, sagt Studienleiter Felix Rauner, Professor an der Universität Bremen und langjähriger Experte für die duale Berufsausbildung.

Insgesamt 25 Handlungsempfehlungen haben Rauner und seine Mitautoren erarbeitet, die weit über das hinausgehen, was als »Lehrstellenpakt« oder »Ausbildungsoffensive« sporadisch auf der politischen Agenda auftaucht. Und zwar immer dann, wenn Experten und Medien auf die sichtbarsten Schwächen der Berufsausbildung hinweisen: Zum Beispiel fehlende Lehrstellen in Ballungsgebieten und fehlende Bewerber im Osten. Oder die zunehmende Überalterung der deutschen Bewerber, die inzwischen erst mit rund 20 Jahren ihre Ausbildung beginnen. Doch während Politiker die Ausbildungsmisere bislang oft mit kurzfristigen Finanzspritzen zu beheben versuchten, steckt für Rauner der Fehler bereits im System: »Für die deutsche Berufsausbildung gilt ganz eindeutig das bekannte Bild: Zu viele Köche verderben den Brei. Vor allem dann, wenn alle in unterschiedlichen Küchen arbeiten und keiner weiß, was der andere gerade macht.«

Das duale Ausbildungssystem ist in Deutschland so fragmentiert, dass auch Experten manchmal nur schwer überschauen können, wer nun wofür zuständig ist. Ähnlich geht es den beteiligten Akteuren. Schon Deutschlands konföderale Verfassung bedingt die Aufspaltung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern; für den betrieblichen Teil der Ausbildung ist die Wirtschaftspolitik zuständig; die Berufsschulen fallen



Ein Ausbilder zeigt Lehrlingen, wie man schweißt

in den Aufgabenbereich der Bildungspolitik; die Agentur für Arbeit übernimmt die Berufsberatung – und für etliche der rund 350 zugelassenen Ausbildungsberufe gelten noch mal ganz eigene Gesetze. Allein die Zulassung eines neuen Ausbildungsberufes dauert so weit mehr als zwei Jahre. Aber auch die Kompetenzen seien nicht immer sinnvoll verteilt, sagt Felix Rauner. Zum Beispiel sei es wenig sinnvoll, dass sich die verschiedenen Kammern um formale Prüfungsangelegenheiten kümmern. Vielmehr seien sie als lokale und regionale Ansprechpartner gefragt, wenn es etwa darum geht, Ausbildungspartnerschaften zwischen verschiedenen Unternehmen zu organisieren.

Rauner will aber weder die Dualität zwischen den ausbildenden Betrieben und der Berufsschu-

le abschaffen noch die Bundesrepublik zum Zentralstaat erklären. »Das Problem ist nicht, dass die Aufgaben verteilt werden, sondern dass wir keinen kompetenten Dirigenten haben, der das Gesamtchester leitet.« Diesen haben er und seine Kollegen nun in der ebenfalls föderal verfassten Schweiz ausgemacht. 1999 wurde dort die Verfassung geändert, sodass seit 2004 ein einziges Rahmengesetz alle Belange der beruflichen Bildung regelt. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie gibt nun zentral die Richtung vor, während die regionalen und lokalen Stellen für die Ausführungen, wie zum Beispiel konkrete Prüfungsinhalte oder die Bildung von Ausbildungskooperativen, zuständig sind. »In der Schweiz gibt es 26 verschiedene Kantone und drei verschiedene Sprachregionen. Wenn sie

es schafft, auch die Berufsausbildung zentral zu regeln, bin ich auch optimistisch für unsere Zukunft«, sagt Rauner.

Dass man dafür zunächst die Verfassung ändern muss, um – wie die Autoren empfehlen – das Schweizer Modell zu imitieren, hält Rauner für einigermaßen realistisch und die Gelegenheit für günstig. Erst in den vergangenen Wochen tourte Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen ihrer »Bildungsreise« durch das Land, um neben Kindergärten und Gymnasien auch Berufsschulen und Lehrbetriebe zu besuchen. Und nach dem Pisa-Schub für die Schulen und der Elite-Offensive für die Universitäten könnte nun, so die Hoffnung der Studienautoren, auch das Berufsausbildungssystem ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gelangen.

Und falls der große Wurf nicht gleich gelingt, sind auch schon einzelne Schritte in die Richtung einer koordinierten Steuerung hilfreich, um die Auszubildenden besser für die Zukunft zu rüsten, so Rauner. Zum Beispiel die Einführung eines Berufsschulabschlusszeugnisses zum Ende der Berufsschule, das auch Teil der Abschlussprüfung wird. »Wie wollen Sie die jungen Leute motivieren zu lernen, wenn das Ergebnis am Ende egal ist?«, fragt Rauner.

Ebenso sinnvoll sei die Einrichtung sogenannter Kernberufe: Statt ständig neue Berufsbilder mit eigenen Ausbildungsordnungen zu etablieren, sollten nur noch Grundzüge zentral festgelegt werden, die dann, je nach den aktuellen Anforderungen, vor Ort ergänzt werden. Gerade auch im Zuge der europäischen Einigung ein sinnvolles Modell, um regionale Besonderheiten aufzufangen, zum Beispiel in der Landwirtschaft.

Ob im Großen oder zunächst im Kleinen – Reformen sind nach Ansicht der Studienautoren nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll: Auch heute arbeiten zwei Drittel der Arbeitnehmer im sogenannten intermediären Sektor. Und vor allem innovative und technisierte Branchen, die die wirtschaftliche Zukunft sichern sollen, sind weiter auf qualifizierte Facharbeiter angewiesen.